

**SOLOTHURNER
FREISINN****Wir machen Solothurn stark!**

Bild: 123RF

**Nein zur Kita-Vorlage****Bitte nicht noch mehr starre Vorgaben und Bürokratie**

Am 28. September 2025 stimmen wir über die kantonale Kita-Vorlage ab. Wir Freisinnigen finden Kindertagesstätten grossartig. Trotzdem lehnen wir die Vorlage aus dem Departement des Innern entschieden ab. Unsere Delegierten haben am 2. Juni 2025 mit einer klaren Mehrheit die Nein-Parole beschlossen. Weshalb? Die Vorlage missachtet die Gemeindeautonomie. Sie schreibt ein Modell für 106 sehr unterschiedliche Gemeinden vor. Sie missachtet auch, dass der Grossteil der Gemeinden bereits aktiv geworden ist und eigene Strukturen etabliert hat. Mit seinem zwängerischen Einheitsmodell gefährdet das Departement des Innern aber diese in den Gemeinden bestens verankerten Kita-Strukturen. Die Vorlage führt darüber hinaus zu grossen finanziellen Mehrkosten bei Kanton und Gemeinden.

Stehen Sie für unsere Gemeinden ein und treten Sie unserem Nein-Komitee bei: www.wahlenkantonsolothurn.ch/komitee.



Adieu

und auf Wiedersehen!

Liebe Freisinnige

Im letzten Editorial habe ich hervorgehoben, wie anstrengend es zuweilen ist, nach freiheitlichen Werten zu leben. Es bedeutet, dass wir uns jeden Tag anstrengen müssen. Denn Freiheit ist alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Wenn wir auf die Weltpolitik der letzten Wochen zurückblicken, zeigt sich umso mehr: Das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet. Mit seiner Zollpolitik handelt US-Präsident Trump entgegen den Prinzipien, für welche wir Freisinnigen einstehen: Verlässlichkeit, Freihandel und eine regelbasierte Weltordnung.

Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Trumps Zollentscheid von 39 Prozent ist absurd. Offenbar geht es dem US-Präsidenten angesichts der enormen Staatsverschuldung der USA in erster Linie darum, die Staatskasse zu füllen. Dafür nimmt er auch mittelfristig negative Effekte für die Volkswirtschaft der USA in Kauf. Der Bundesrat ist nun gefordert, die Verhandlungen mit den USA fortzuführen und nach einer tragfähigen Lösung zu suchen. Gleichzeitig darf sich die Schweiz nicht auf diplomatische Lösungen verlassen, sondern muss sich auf das Worst-Case-Szenario vorbereiten. Die USA sind als einzelnes Land der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Zölle in dieser Höhe würden Schweizer Export-

produkte massiv verteuern – mit gravierenden Folgen für unsere Unternehmen, Arbeitsplätze und Löhne.

Innenpolitische Weichen stellen: Jetzt!

Innenpolitisch gilt es, jetzt die richtigen Weichen zu stellen. Die Schweizer Firmen brauchen gute Rahmenbedingungen, um sich auch unter erschwerten globalen Bedingungen behaupten zu können. Dazu gehören insbesondere tiefe Produktions- und Standortkosten. Zur Stärkung der Wirtschaft hat die FDP kürzlich den 9-Punkte-Plan «Arbeit schützen, Staat sanieren, besser leben» verabschiedet. Die Umsetzung dieses Programms ist nun dringlicher denn je. Das ist die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte/links, aber auch auf die aktuelle Zollpolitik der US-Regierung. Wenn Zölle die Kosten unserer Exportprodukte verteuern, müssen wir in der Schweiz die Produktionskosten senken.

E-ID als Meilenstein für die digitale Zukunft

Ebenso braucht ein wettbewerbsfähiges Land moderne, praktikable digitale Rahmenbedingungen. Die Schaffung einer elektronischen Identität entspricht einer langjährigen FDP-Forderung. Wir erhalten damit eine Grundlage für die digitale Transformation. Das stärkt die Schweizer Unternehmen in der internationalen Konkurrenz und etabliert die Schweiz als attraktiven und innovativen Standort. Gegenüber der

im Jahr 2021 abgelehnten Vorlage wird der Bund die e-ID selbst ausstellen. Ebenso werden die persönlichen Daten dezentral auf dem Smartphone der Nutzer gespeichert, was die Kontrolle über die eigenen Daten gewährleistet und den Datenschutz verbessert.

Ja zur Abschaffung des Eigenmietwerts

Jetzt ist es endlich so weit: Die Abschaffung des Eigenmietwerts ist auf der Zielgeraden. Das Volk entscheidet am 28. September über zwei verknüpfte Vorlagen. Zum einen soll der Eigenmietwert per Bundesgesetz abgeschafft werden. Zum anderen wurde eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Kantone neu die Möglichkeit erhalten, eine Immobiliensteuer auf Zweitwohnungen einzuführen. Die beiden Vorlagen sind rechtlich verbunden. Volk und Stände sagen somit zum Gesamtpaket JA oder NEIN. Der Eigenmietwert ist eine ungerechte Steuer auf ein Einkommen, das es gar nicht gibt. Das heutige System belohnt die Verschuldung: Wer seine Hypothek nicht abbezahlt, also Schulden macht, profitiert steuerlich. Dieser Fehlanreiz gehört korrigiert. Anteilsmässig wird der Abzug von privaten Schuldzinsen aber weiterhin möglich sein. Ebenso bleiben Unterhaltsabzüge unter gewissen Voraussetzungen möglich (z.B. an historischen Gebäuden, vermieteten Liegenschaften und auf kantonaler Ebene für Energiesparmassnahmen etc.). Besonders hart trifft der Eigenmietwert Familien und ältere Menschen. Das ist nicht fair. Wir wollen ältere Menschen von dieser Belastung befreien und gleichzeitig dafür sorgen, dass auch junge Menschen wieder eine echte Chance haben, Wohneigentum zu erwerben.

Adieu und auf Wiedersehen

Liebe Freisinnige, damit habe ich meine präsidentalen Worte im Editorial des «Freisinn» das letzte Mal an Sie gerichtet. Es ist eine Freude und Ehre, der freisinnigen Familie als Präsident dienen zu dürfen. Ich habe diese Verantwortung gern wahrgenommen und gebe sie nach diesen vier Jahren mit einem Gefühl der Dankbarkeit für all das Erlebte weiter. Die FDP ist gut aufgestellt, und meine Nachfolge darf auf ein schlagkräftiges und topmotiviertes Team bauen. Mein herzlicher Dank geht an Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann für ihre Bereitschaft, die Verantwortung für unsere Partei zu übernehmen. Ich bin überzeugt: Das «Team Vincenz-Mühlemann» wird den liberalen Pfad erfolgreich weitergehen und uns in eine aussichtsreiche Zukunft führen. Danke für Ihren Zuspruch, Ihr Mitdenken und Ihre Treue gegenüber mir, der freisinnigen Idee und dem designierten Co-Präsidium!

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Hat das Ruder der FDP Kanton Solothurn übernommen: Sabrina Weisskopf aus Biberist.



Erste Adresse für liberale Politik

Präsidentiale Gedanken

Liebe Freisinnige

Ich möchte mich zuerst herzlich bei euch für das Vertrauen bedanken, das ihr mir mit der Wahl zur Präsidentin entgegengebracht habt. Es ist mir eine grosse Ehre und eine ebenso grosse Verantwortung, diese Partei mit euch gemeinsam in die Zukunft zu führen.

In den vergangenen Monaten durfte ich bereits erleben, was dieses Amt bedeutet. Beeindruckt hat mich dabei besonders die Freude und Energie, die ihr auch nach schwierigen Nachrichten oder verlorenen Wahlen an den Tag legt. Für euch alle ist ein Rückschlag nie ein Grund zum Rückzug, sondern Ansporn, noch mehr zu geben. Genau diese Haltung macht mich zuversichtlich für die kommenden Jahre.

Die Herausforderungen sind gross: Die Kantonsfinanzen sind angespannt, die wirtschaftliche Lage schwierig. Während die Linken unseren Staatsapparat immer weiter ausbauen wollen, be-

schränken sich die Rechten auf Kritik ohne Lösungen. Genau hier braucht es uns. Wir sind DIE liberale Kraft dieses Kantons. Wir setzen uns für alle

«Ich freue mich darauf, diesen Weg mit euch allen zu gehen.»

ein, die Verantwortung übernehmen, täglich arbeiten und damit unseren Wohlstand sichern. Es muss uns wieder gelingen, dass die Solothurnerinnen und Solothurner erkennen, wofür wir stehen.

Genauso wichtig wie die Inhalte ist unser Miteinander. Wir müssen näher bei unserer Basis sein, zuhören und klar kommunizieren, weshalb wir was

tun. Nur so schaffen wir Vertrauen – bei unseren Mitgliedern, in der Öffentlichkeit und bei den Wählerinnen und Wählern. Und wir müssen das alte Image einer elitären Partei hinter uns lassen. Heute sind wir eine vielfältige Bewegung von Menschen, die anpacken und gestalten. Es muss gelingen, das sichtbar zu machen.

Sind wir also mutig und packen die Dinge an, die andere liegen lassen. Sind wir offen für neue Wege und lassen die Auseinandersetzungen aus der Vergangenheit hinter uns. Bieten wir Lösungen, wo andere nur Probleme sehen. Und sorgen wir gemeinsam dafür, dass die FDP im Kanton Solothurn diskussionslos die erste Adresse für liberale Politik ist.

Ich freue mich darauf, diesen Weg mit euch allen zu gehen.

**Herzlich
Sabrina Weisskopf**

Einig, einig, einig: Die Delegierten sagten dreimal klar Ja. Bilder: Philipp Eng



Viel Rückenwind für die neue Präsidentin

Sabrina Weisskopf wurde an der DV als Präsidentin der FDP Kanton Solothurn bestätigt

Das Programm der Delegiertenversammlung vom 14. August in Biberist war vollbepackt: Die Delegierten der Kantonalpartei wählten ihre Präsidentin für die nächsten vier Jahre, fassten drei Parolen und setzten sich mit den EU-Verträgen auseinander.

«Es braucht die FDP, erst recht in Anbetracht der grossen Herausforderungen unseres Kantons. Wir sind die einzige liberale Kraft im Kanton. Wir setzen uns ein für die, die jeden Morgen aufstehen. Und genau das müssen wir den Solothurnerinnen und Solothurnern bewusst machen», sagte die neue FDP-Präsidentin Sabrina Weisskopf in ihrer Antrittsrede. Sie liess keinen Zweifel daran, dass sie mit der FDP die Politik des Kantons Solothurn massgeblich mitbestimmen will. Für ihre sympathischen, aber auch ehrgeizigen Worte erhielt die neue Präsidentin grossen Applaus der Delegierten. Ihre Wahl kurz zuvor war reine Formsache. Weisskopf geniesst sehr viel Vertrauen und Rückhalt seitens der Parteibasis.

Dreimal Ja

Die Freisinnigen beugten sich an ihrer Delegiertenversammlung über drei Abstimmungsvorlagen. Gar einstimmig winkten sie die kantonale Vorlage zum Kauf der Liegenschaft an der Bielstrasse in

Solothurn durch. Vizepräsident Christian Thalmann erläuterte die technische Vorlage, die zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen unterscheidet, und machte sogleich klar, dass es sich beim Kauf des CS-Gebäudes um eine risikofreie Anlage handle. Oder anders gesagt: «Die Mieteinnahmen fliessen.»

Ja sagten die Delegierten auch zur Abschaffung des Eigenmietwertes, die von Treuhänderin Maria Lo Giudice vorgestellt wurde. «Die Schweiz ist das einzige Land, das ein Einkommen, das es nota bene gar nicht gibt, besteuert», machte sie klar. Und diese Steuer gehört nach Meinung der Treuhänderin, aber auch der FDP-Parlamentarier klar abgeschafft. «Wann haben wir schon die Chance, eine Steuer abzuschaffen?», fragte Kantonsrat Markus Spielmann dazu rhetorisch in die Runde. Diese Chance liessen sich die Delegierten nicht nehmen und sagten bei einzelnen wenigen Enthaltungen Ja zu dieser fiktiven Steuer. Ein einfaches Spiel hatte auch Urs Lysser, Ortsparteipräsident aus Feldbrun-

nen bei der Vorstellung des E-ID-Gesetzes. Mit ihrem grossmehrheitlichen Ja folgten die Delegierten Urs Lysser, der sein Ja mit dem Bürokratieabbau und der Modernisierung der Verwaltung bewarb.

EU-Verträge auf dem Prüfstand

Die Parolenfassungen waren also eine klare Sache. Wie tickt die FDP Kanton Solothurn aber im Hinblick auf die EU-Verträge, die aktuell kontrovers diskutiert werden? Nationalrat Simon Michel stellte den Inhalt anhand der offiziellen EDA-Folien vor. Anschliessend gingen er und Nationalrat Christian Wasserfallen auf die Pro- resp. Contra-Argumente ein. Mit den vorliegenden Verträgen binde sich die Schweiz zu fest an die EU, so Wasserfallen. Seiner Ansicht nach habe die EU absolut kein Interesse daran, die Verträge mit der Schweiz aufzulösen, wenn die Schweiz zu diesen Verträgen Nein sage. Anders argumentierte Michel: «Die 25-jährigen Verträge mit der EU brauchen ein Up-



Alt Regierungsrätin Esther Gassler verabschiedete Remo Ankli gewohnt humorvoll und wertschätzend.

FDP
Die Liberalen
Kanton Solothurn

**Unsere Parolen am
28. September 2025:**

**JA zur Abschaffung
des Eigenmietwerts**

JA zur E-ID

NEIN zum Kita-Gesetz

JA zum Bahnhof Süd

**JA zum Hochwasserschutz
Dünern**



Kantonsrat Markus Spielmann plädierte – erfolgreich – für ein Ja zur Abschaffung des Eigenmietwerts.



Haben gut lachen: Die neue Präsidentin Sabrina Weisskopf und der langjährige Staatsschreiber Andreas Eng.

date. Die Schweiz hat gut verhandelt.» Ein Nein zu diesen Verträgen wäre gemäss Michel ein zu grosses Risiko für die Schweiz. Die Delegierten haben es geschätzt, mit den beiden Nationalräten die EU-Verträge zu diskutieren. Die FDP Kanton Solothurn wird das Thema zu gegebener Zeit wieder aufnehmen. Die Fortsetzung folgt...

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Danke, Remo! Danke, Andreas!

Zusammen kommen sie auf 29 Jahre im Dienste des Regierungsrates: Remo Ankli stand 12 Jahre lang als Regierungsrat dem Departement für Bildung und Kultur vor. Andreas Eng diente während 17 Jahren als Staatsschreiber. Sie beide wurden an der Delegiertenversammlung in Biberist mit persönlichen und wertschätzenden Worten ehemaliger Weggefährten verdankt.

Alt Regierungsrätin Esther Gassler rühmte Remo Ankli als ausgezeichneten Zuhörer, der sein Gegenüber ernst nimmt. «In hitzigen Diskussionen suchte er die Deeskalation.» Mit seinen Werten und seiner Art habe er im Bildungsdepartement denn auch sehr viel erreichen können. Und auch in der Erziehungsdirektorenkonferenz hatte die Stimme von Remo Ankli stets grosses Gewicht.

Alt Nationalrat Kurt Fluri würdigte das Schaffen von Andreas Eng, über dessen Tisch mehr als 30000 Regierungsratsbeschlüsse gingen. Er sei wohl der beste Kenner der solothurnischen Staatsverwaltung und habe das Staatspersonal stets in Schutz genommen. Er sei ein Freund und Förderer der menschlichen Vielfalt. Andreas Eng und Remo Ankli waren ob der wertschätzenden Worte und des grossen Applauses sehr berührt.

Stefan Nünlist, der im März dieses Jahres als FDP-Kantonalpräsident zurücktrat, war an der Delegiertenversammlung leider verhindert. Seine Verabschiedung erfolgt an der nächsten Delegiertenversammlung vom 22. Oktober 2025.

«Wir haben die FDP sichtbarer gemacht»

Mauro Schindler trat im Juni als Präsident der FDP Oensingen ab

Die Ortsparteien sind das Rückgrat unserer Partei. Sie spüren den Puls der Bevölkerung am besten. Exemplarisch dafür steht die FDP Oensingen, die den Anlass namens «FDP-Bratwurst» eingeführt hat. Im Interview erzählt alt Präsident Mauro Schindler von den Erfolgen, aber auch, wo in Oensingen der Schuh drückt.

Mauro Schindler, du hast vier Jahre lang die FDP Oensingen geführt. Wie geht es der Ortspartei heute?

Der Ortspartei geht es gut, danke der Nachfrage! Der Vorstand ist klein, aber fein und hoch motiviert. Wir haben ein bescheidenes, aber ausgeglichenes Budget. Wir konnten einige neue Mitglieder gewinnen, die Mitgliederzahl sinkt jedoch leicht aufgrund der Altersstruktur. Dies ist jedoch ein generelles Problem, das nicht nur die FDP, sondern auch andere Parteien betrifft.

Die FDP Oensingen ist im siebenköpfigen Gemeinderat nur mit einer Person vertreten. Wie viel Einfluss kann die FDP auf die Kommunalpolitik nehmen?

Vor einigen Jahren haben wir unseren zweiten Sitz aufgrund eines Abgangs zur GLP verloren und konnten ihn seither nicht zurückgewinnen. Dank der sehr guten Zusammenarbeit mit der lokalen SVP, die nun zwei Mitglieder hat, bilden wir einen bürgerlichen Block. In dieser Konstellation können wir freisinnige Anliegen durchbringen.

Was hat die Ortspartei in den letzten vier Jahren in Oensingen konkret erreichen können?

Wir haben zwei neue Veranstaltungen ins Leben gerufen: das KMU-Forum und die FDP-Bratwurst. Mit dem KMU-Forum wollen wir die Oensinger KMU untereinander sowie mit der Partei vernetzen. Damit wollen wir die Wege zwischen Politik und KMU verkürzen. Die FDP-Bratwurst soll den Dialog zwischen Partei und Bevölkerung fördern sowie die Partei sichtbarer machen. Wir wollen den Puls der Bevölkerung fühlen und auch ein jüngeres Publikum ansprechen. Die ersten beiden Durchführungen waren ein Erfolg.

Die Gemeinde Oensingen steht vor finanziellen Herausforderungen. Welche Massnahmen sind deines Erachtens zur Stabilisierung der Finanzen notwendig?

Wir stehen voraussichtlich kurz vor einer massiven

Steuererhöhung, die der Attraktivität unserer Gemeinde weiter schaden wird. Es braucht ein radikales Umdenken in der Gemeindeverwaltung: Jeder Franken muss zweimal umgedreht werden, bevor er ausgegeben wird. Auch bei den Investitionen sollte die Gemeinde die Ausgaben auf die allerdringlichsten Projekte zurückfahren, bis die Finanzen wieder stabil sind. Einfach die Steuern zu erhöhen, ohne auf der Ausgabenseite zu sparen, ist sinnlos.

Die FDP hat bei den Gemeinderatswahlen 2025 gegenüber 2021 um 4 Prozentpunkte zulegen können. Verrate uns bitte das Geheimrezept der FDP Oensingen.

Vier Prozent mögen nach wenig klingen, stellen jedoch einen relativen Zuwachs von 25 Prozent dar. Leider hat es für den zweiten Sitz trotz des Gewinnes knapp nicht gereicht. Wir haben diese Trendwende dank harter Arbeit und einem motivierten Vorstand geschafft. Durch prägnante Stellungnahmen fallen wir positiv bei den Gemeindeversammlungen auf. Zudem sind wir jedes Jahr am Zibelimäret mit einem eigenen Stand vertreten. Bis letztes Jahr waren wir die einzige Ortspartei, die sich diese Mühe gemacht hat. Dank der Amteipartei FDP Thal-Gäu und einigen Spenden können wir die stetig steigenden Kosten stemmen (besten Dank auch an dieser Stelle!).

Wann wird es in Oensingen einen freisinnigen Gemeindepräsidenten geben?

Oder gar eine Gemeindepräsidentin? Beides wird in den nächsten Jahren schwierig, da die Mittepartei hohe Stimmanteile hat. Der aktuelle Gemeindepräsident sitzt fest im Sattel und die FDP müsste eine herausragende Persönlichkeit zur Wahl stellen, die weit über die Parteigrenzen hinaus Stimmen holen könnte. Die Suche nach einer Kandidatin oder einem Kandidaten überlasse ich jedoch meinem Nachfolger und dem Vorstand.

Interview von Adriana Marti-Gubler



Zur Person

Mauro Schindler (45) wohnt in Oensingen. Der promovierte Chemiker leitet die Anmeldestelle Chemikalien, die dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) administrativ zugeordnet ist. Die Anmeldestelle ist unter anderem für die Zulassung von Chemikalien in der Schweiz zuständig. Der gebürtige Neuenburger spricht fünf Sprachen und reist gerne um die Welt. Er ist leidenschaftlicher Hobbykoch. Seine Faszination für Weine hat er mit einer Weiterbildung in Önologie vertieft. Zudem singt er in zwei Freiburger Chören als Bass. Am Wochenende fährt er gerne Motorrad oder Motorboot. Im englischen Sprachraum würde man ihn als «Petrol Head» bezeichnen, da ihn alles fasziniert, was Verbrennungsmotoren hat.



Unsere Zukunft – unser Schuldenberg?

Sparappell der Jungfreisinnigen

Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Wenn es jedoch um das liebe Geld geht, denkt kaum jemand an die nächste Generation.

Ob Klima, Mobilität oder Biodiversität – diese Themen koppeln Politikerinnen und Politiker gerne mit dem Schlagwort Nachhaltigkeit. Wie steht es eigentlich mit den Finanzen in diesem Thema?

Die vorberatende Kommission des Nationalrats (SGK-N) hat unter einer Mitte-Links-Mehrheit beschlossen, dem Nationalrat in der kommenden Herbstsession eine Mehrwertsteuererhöhung von 0,7 Prozent für «die Dreizehnte» vorzulegen und diese bis 2030 zu befristen. Kurzfristig mag das wie ein Geschenk wirken. Doch am Ende bezahlen wir Jungen – der Enkeltrick in umgekehrter Form. Die ältere Generation freut sich, doch die Rechnung landet bei den Enkeln. Wenn die Erhöhungen in diesem Rhythmus weitergehen, holen wir

Deutschland mit seinem Satz von 19 Prozent in wenigen Jahren ein. Ist das der Weg, den wir gehen wollen? Wollen wir wirklich weiter mutlos die Mehrwertsteuer und Lohnprozente zum politischen Spielball machen? Wer traut sich mit einer unbequemen Sparidee aus der Deckung?

Auch im Kanton Solothurn zeigt sich, wie schwierig der Spagat zwischen Ansprüchen und Verantwortung ist. Finanzdirektor Peter Hodel hat ein Sparpaket in Höhe von 60 Millionen Franken vorgelegt. Zwar hat das Parlament dieses Paket leicht aufgeschnürt, aber immerhin: Es ist ein Zeichen dafür, dass auch auf kantonaler Ebene nicht einfach weitergewurstelt werden kann. So denken wir bitte auch bei den kommenden kantonalen Abstimmungen an die Kosten, die uns kantons- und gemeindetechnisch aufgebürdet werden.

Denn eines ist klar: Schulden sind eine Belastung für die kommenden Generationen – besonders dann, wenn man sie mit Steuererhöhungen abbauen will, die letztlich die arbeitende und konsumieren-

de Bevölkerung treffen. Nachhaltig ist das nicht. Wer privat spart, kennt den Wert jeder Frankeninvestition. Warum sollte der Staat dann unbegrenzt Geld ausgeben und die Jungen dafür zahlen lassen?

Wenn Nachhaltigkeit wirklich ernst gemeint ist, dann bitte auch bei den Finanzen. Wir wollen nicht nur saubere Luft – wir wollen auch eine saubere Staatsrechnung.

Roman Schöll, Vizepräsident Jungfreisinnige

Die Jungfreisinnigen an der Heso

Besuchen Sie uns am Freitag, 26. September 2025, an der Heso und diskutieren Sie mit uns über finanzielle Nachhaltigkeit und andere politische Themen.

Seid einig, einig, einig!

Kolumne

Diese mahnenden Worte des sterbenden Attinghausen an die Eidgenossen sind der Führungsspitze der SVP offensichtlich entgangen, als man in der Schule Schillers «Tell» gelesen hat. Und das ausgerechnet bei der Partei, die sich als die einzige Bewahrerin des Urschweizerischen versteht. Nach dem Scheitern der Zollverhandlungen mit den USA verkündet SVP-Präsident Dettling grossmülig: «Da hat unsere Diplomatie versagt.» Die Schuldigen hat er auch rasch gefunden: Bundespräsidentin Keller-Sutter und Bundesrat Cassis. Dieser hätte sich nur mit der EU anstatt mit Amerika beschäftigt. SP-Präsident Cédric Wermuth setzt seine zornige Miene auf (er hat zwar keine andere) und erklärt kollerig, das FDP-SVP-Trio Keller-Sutter, Parmelin, Cassis sei «mit seiner Anbiederungsstrategie krachend gescheitert». Und auch für die Grünen war der Kniefall vor Trump definitiv falsch.

Es ist die Stunde der Besserwisser, denen jedoch noch nicht klar geworden ist: Auf Amerika ist kein Verlass mehr und auf Trump schon gar nicht. Niemand weiss heute, was Trump morgen wieder einfällt. Darauf muss man sich einstellen. Jetzt vorzeitig Wahlkampf zu betreiben und daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen, ist verantwortungslos und schadet dem Land. Aber die SVP, die permanent unter einer EU-Paranoia leidet, benützt die derzeit schwierige Situation, um gegen die EU-Verträge Sturm zu laufen. Dabei ist ihr jedes Mittel recht. Ihren beiden Bundesräten hat sie verboten, die neuen EU-Verträge vor den Medien zu vertreten, obwohl gerade die Departemente Parmelin und Rösti in dieser Sache stark involviert sind. In jedem anderen Land würde so etwas zu einer Regierungskrise führen. SVP-Parteipräsident Dettling hat am 1. August im Beisein von Medienschaffenden die EU-Verträge auf seinem Grill verbrannt, um auf diesem Feuer Cervelats zu grillieren. Wie tief muss eigentlich bei der SVP das Niveau noch sinken? Es passt aber auch zur Art und Weise, wie Imark mit einer ehemaligen Bundesrätin in aller Öffentlichkeit umspringt. Weder bei Dettling noch bei Imark kann da von Anstand noch die Rede sein.

Attinghausens Ermahnung wird einer Zeit zugeschrieben, als die Eidgenossen von den Vögten Habsburgs unterjocht wurden. Deshalb haben sie einen Bund geschworen und dieser soll «ewig» dauern. «Ewig» bedeutet nicht bloss, dass der Bund für eine unbefristete Zeit geschlossen worden ist, sondern auch, dass sich die Eidgenossen dauernd von den Habsburgern bedroht gefühlt haben.



Auch wir sind heute wieder bedroht. Putin kann machen, was er will, und Trump ist nicht fähig, ihn daran zu hindern. Trump hat einen völlig respektlosen Umgang mit Staats- und Regierungschefs, wenn es ihm gerade nicht in den Kram passt. Das hat auch Bundespräsidentin Karin Keller-Suter zu spüren bekommen. Ebenso respektlos ist sein Umgang mit den Staaten. Kanada und Grönland sollten seiner Meinung nach zu den USA gehören. Darf von einem derart unberechenbaren Machthaber ausgerechnet der Kleinstaat Schweiz eine Sonderbehandlung erwarten? Einigkeit im Innern ist deshalb dringend nötig. «Wir könnten viel, wenn wir zusammenstünden.» Und «verbunden werden auch die Schwachen mächtig». Auch das ist Schillers Tell. Das rüpelhafte Benehmen der SVP und die dauernd auf Konfrontation eingestellte SP geben dazu allerdings wenig Hoffnung.

Urs Marti, Langendorf

Unsere letzten Medienmitteilungen

- 25. August 2025
Zur Kita-Vorlage vom 28. September 2025
FDP mit eigenem Komitee gegen Kita-Vorlage
 - 23. Juni 2025
Zur Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages
Ein mutiger und zukunftsorientierter Schritt
 - 26. Mai 2025
Zu den Kommunalwahlen
FDP ist das Rückgrat der Kommunalpolitik
- Sie finden alle Medienmitteilungen der FDP Kanton Solothurn unter:
www.fdp-so.ch

AGENDA

Mittwoch, 10. September

Kantonsratssession

Dienstag, 16. September

19 Uhr: Parteivorstand

Mittwoch, 17. September

Supporter Club: Besuch Haus der Fotografie

Freitag, 19., bis Sonntag, 21. September

FDP-Stand an der MIO, Olten

Freitag, 19., bis Sonntag, 28. September

FDP-Stand an der Heso, Solothurn

Sonntag, 21. September

9 Uhr: Heso-Brunch

Mittwoch, 22. Oktober

19 Uhr: kantonale Delegiertenversammlung, Trimbach

Freitag, 24., bis Sonntag, 26. Oktober

FDP-Stand am Zibelimäret, Oensingen

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

FDP-Brunch an der Heso

Sonntag, 21. September, 9 bis 11 Uhr, im Zelt der Bio-Bauern im Schanzengraben (Halle 10). Preis: Fr. 40.– pro Person (inkl. Getränke), Kinder gratis. Anmeldung erforderlich bis Montag, 15. September, an das Parteisekretariat (info@fdp-so.ch). Aufgrund der beschränkten Anzahl Plätze werden die Anmeldungen nach Eingang berücksichtigt.

Wechsel in den Amtei- und Ortsparteien

Hochwald

Markus Dobler (neu) für Stephan Renz

Hofstetten-Flüh

Stephan Fullin und Pascal Lang (beide neu) für Evelyne Schwyzer

Kappel

Martin Fessler (ad interim) für Karin Oertlin

Lüsslingen-Nennigkofen

Stefan Wyss (neu) für Hans Leuenberger

Zuchwil

Melanie Racine (ad interim) für Philippe Weyeneth

Amtei Olten-Gösgen

Adriana Marti-Gubler (neu) für Nico Zila

Bezirk Wasseramt

Roman Schöll (neu)

Bild: Lucio Sansano, Leiter der Arbeitsgruppe, die das neue Positionspapier Medienpolitik ausgearbeitet hat, bei der Vorstellung des Papiers an der Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz in Fribourg.



SRG teilprivatisieren!

Jungfreisinnige verabschieden neues Medienpapier

Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern in einem neuen Positionspapier eine tiefgreifende Reform der Schweizer Medienordnung. Mit einer deutlichen Senkung der Serafe-Gebühr, der Streichung des Unterhaltungsauftrags aus der Bundesverfassung und einer Teilprivatisierung der SRG wollen sie den Service public auf seinen Kernauftrag beschränken, die Medienlandschaft von Zwangsgebühren entlasten und fit für die digitale Zukunft machen.

Die Medienwelt verändert sich rasant. Streamingdienste, soziale Medien und On-Demand-Angebote prägen den Medienkonsum vieler Menschen, insbesondere der jungen Generation. Doch die jetzigen Strukturen und Regulierungen sind nicht mehr zeitgemäss und werden den neuen Realitäten nicht gerecht. Deshalb fordern wir Jungfreisinnigen mit dem jüngst verabschiedeten Positionspapier eine umfassende Neuordnung der Medienlandschaft.

Serafe-Gebühr: 200 Franken sind genug!

Mit 335 Franken pro Haushalt erhebt die Schweiz eine der höchsten geräteunabhängigen Rundfunkabgaben weltweit – und das, obwohl vergleichbare Länder deutlich effizienter wirtschaften. Unser Positionspapier baut deshalb auf einer klaren Grundforderung auf: Die Serafe-Gebühr ist auf 200 Franken zu reduzieren. Wenn sich die SRG auf einen neu formulierten

Kernauftrag – sachliche Information, Bildung und Kultur – konzentriert, auf teure Unterhaltungsshowes verzichtet und effizienter wirtschaftet, etwa indem sie auf überdimensionierte Reporter-Teams verzichtet, kann die Bevölkerung auch bei reduzierten Gebühren auf ein qualitativ hochwertiges Grundangebot zählen. Doch die Gebühren zu senken, reicht nicht. Wir müssen die Strukturen anpassen, um eine zukunftsfähige Medienordnung zu schaffen.

Unterhaltung aus dem SRG-Auftrag streichen

Im Jahr 2024 investierte die SRG mehr als ein Fünftel ihrer Mittel in Unterhaltung. Gebührengelder finanzieren heute seichte Satire und Katzenvideos. Solche Inhalte deckt der private Markt längst erfolgreich ab. Zwangsgebühren sollen nur dort eingesetzt werden, wo ein demokratischer oder kultureller Mehrwert für die Schweiz entsteht. Deshalb

wollen wir den Begriff «Unterhaltung» aus dem Verfassungsauftrag für Radio und Fernsehen streichen und zudem die Unterhaltungssparte der SRG ausgliedern und privatisieren. So bleiben erfolgreiche Formate und deren Strukturen bei tatsächlicher Nachfrage erhalten, ohne dass Gebührenzahler dafür aufkommen müssen.

Mehr Ausgewogenheit dank künstlicher Intelligenz

Ferner trägt die SRG eine besondere Verantwortung für ausgewogene und neutrale Berichterstattung. Wiederholte Rügen und der Vorwurf politischer Einseitigkeit haben jedoch das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert. Wir fordern deshalb neue Kontrollmechanismen, eine breiter zusammengesetzte Redaktion sowie den Einsatz eines neuen Open-Source-KI-Tools. Dieses soll jährlich eine Sentiment-Analyse des gesamten Programms vornehmen, politische Tendenzen und die Themenauswahl prüfen und so eine ausgewogenere Berichterstattung begünstigen. Die Ergebnisse gehören im Interesse der Demokratie und der Gebührenzahler transparent veröffentlicht.

Weitere Reformfelder

Unser Positionspapier geht über die SRG hinaus. Wir fordern:

- mehr Digitalisierung und Subsidiarität im Radio- und Fernsehgesetz (RTVG),
- eine moderne Medienpolitik zur Stärkung des Lokaljournalismus – durch Investitionen in Infrastruktur statt direkte Subventionen –,
- strenge Transparenzaufgaben für staatsnahe Unternehmen wie Post und Swisscom sowie
- eine klare Absage an die sogenannte Linksteuer, die Inhalte künstlich verteuern und den freien Informationsfluss behindern würde.



Die Hintergründe zu all unseren Forderungen finden Sie in unserem Positionspapier unter dem hier abgedruckten QR-Code.



Lucio Sansano,
Leiter Medienpolitik Jungfreisinnige,
Nationalratskandidat 2023 FDP BL

Bilder: Jannik Kaiser



**Arbeit schützen.
Staat sanieren.
Besser leben.**

**Für alle, die den Wecker stellen:
Was die Schweiz jetzt braucht.**

Mischa Nyffenegger (25),
Spezialfahrzeugbauer.
Sein Tag startet morgens
um 6 Uhr. Jedes Fahrzeug
ist ein Unikat – darum
muss er sich immer
wieder neu überlegen,
wie er die komplexe
Technik genau umsetzen
kann. Die tägliche
Herausforderung,
individuelle Lösungen zu
finden, macht seinen Job
aus.

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2025 in Hergiswil nahmen die Delegierten der FDP einstimmig ein neues 9-Punkte-Programm zur Wirtschaft an. Dies, um die Menschen in der Schweiz und ihre Arbeitsplätze zu schützen. Denn für Freiheit, Sicherheit und soziale Stabilität müssen Chancen genutzt und Leistung belohnt werden – und nicht umverteilt, was noch gar nicht erwirtschaftet wurde.

ARBEIT SCHÜTZEN

1. Keine neuen Steuern

Die FDP wird verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger durch neue Gebühren, Abgaben und Steuern belastet werden. Schon heute greift der Staat gleich mehrfach zu: Er besteuert die Arbeit und den Konsum des erarbeiteten Lohns. Arbeit stiftet Sinn und Wert, sie ermöglicht ein erfülltes und unabhängiges Leben. Wer sie belastet, greift tief in den individuellen Lebenswandel der Menschen ein. Die Lücke zwischen dem Lohn gemäss Arbeitsvertrag und der Überweisung am Ende des

Monats ist in der Schweiz bereits viel zu gross. Die Linke spricht von «Kaufkraft», will aber die Löhne noch weiter schwächen und den täglichen Einkauf noch schärfer besteuern. Schluss damit!

Wir werden keinen Rappen Mehrbelastung bei den Löhnen akzeptieren und jede Steuererhöhung bekämpfen. Es darf nicht sein, dass die arbeitenden Menschen nicht selbst entscheiden

können, was mit ihrem Geld geschieht. Für die FDP ist klar: Arbeit soll sich wieder lohnen. Die Steuer- und Abgabenlast muss sinken. Dazu gehört neben dem Ausgleich der kalten Progression, die durch die Geldentwertung entsteht, auch der Ausgleich der warmen Progression, die durch Produktivitätssteigerungen zu immer höheren Steuersätzen führt. Nur mit einer deutlichen Entlastung wird sich Arbeit für den Mittelstand wieder lohnen.

2. Löhne statt Sozialhilfe

Die letzten Jahre liefen wirtschaftlich gut. Deshalb sind heute weniger Menschen in der Sozialhilfe als beispielsweise noch 2019.

Statt sich darüber zu freuen und jene zu stützen, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind, sucht die staatliche Sozialindustrie aktiv neue «Klienten» und baut ihre Leistungen stetig aus. Durch unzählige Zulagen sind manche Sozialhilfeempfänger finanziell besser gestellt, als wenn sie arbeiten würden. Obendrauf hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) eine irregeleitete neue Reform beschlossen.

Die SKOS will weg von der Nothilfe, sie baut die Sozialhilfe zu einer Art Vollkaskoversicherung aus. Das ist teuer und erschwert es, dass Menschen schnell wieder auf eigenen Beinen stehen.

Richtig wäre es, den Sozialhilfeempfängern mehr Verantwortung zu übertragen und sie in die Pflicht zu nehmen. Es benötigt eine Differenz zwischen Sozialhilfe und Arbeitsverdienst (Lohnabstandsgebot). Wer arbeitet, muss in jedem Fall mehr in der Tasche haben, als wenn er von Sozialhilfe lebt. Bevor nun die Linken drauflosregulieren: Für den Lohnabstand braucht es angepasste Zulagen in der Sozialhilfe, keine Mindestlöhne. Denn Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze und schaffen zusätzliche Bedürftige.

Über die Sozialhilfe hinaus muss der Staat aufhören, seine Hilfsgelder, Unterstützungsleistungen und Subventionen mit der Giesskanne zu verteilen. Wieso etwa soll der Bund die Kinderbetreuung für alle finanzieren, unabhängig davon, ob jemand in dieser Zeit überhaupt arbeitet oder nicht? Wer Geld ohne Gegenleistung verteilt, bestraft jene, die arbeiten.

3. Freihandel – mit allen

Zölle, Kriege und neue Blockbildungen schwächen den Welthandel. Was tun? Kriegstreiber sollen Sanktionen spüren, alle anderen barrierefrei mit der Schweiz handeln können. Nur dank tiefer Steuern, einem liberalen Arbeitsmarkt und wirtschaftlicher Offenheit hat sich unser Land an der Weltspitze etabliert.

«America first» wird schon für die mächtigen USA nicht funktionieren. «Switzerland first» wäre für die Schweiz katastrophal. Der Flirt-Zug von Stadler wird zwar in Bussnang zusammengeschraubt, doch die mehreren hundert Einzelteile kommen aus der halben Welt. Der grenzüberschreitende Handel verbindet nicht nur die Welt, er sorgt auch für einen gesunden Wettbewerb. Er bricht verkrustete Strukturen auf, hinterfragt historisch gewachsene Subventionen,

zerschlägt Kartelle und hält unsere Unternehmen fit.

Besonders rege handeln, geschäftigen und kooperieren unsere Betriebe mit den EU-Nachbarländern. Die EU kauft fast die Hälfte unserer Waren und Dienstleistungen – und liefert den grössten Teil unserer Importe. Das Schmiermittel dafür sind die bilateralen Verträge. Sie schützen die Schweiz vor dem EU-Beitritt. Sie haben uns pro Kopf wohlhabender gemacht als fast alle EU-Staaten (Luxemburg liegt an der Spitze), weil sie technische Normen vereinheitlichen und den Handel dadurch erleichtern. Und sie verhindern ein Asylchaos. Ohne die Bilateralen dürfte jeder Asylbewerber, der irgendwo in der EU abgelehnt wurde, in der Schweiz ein zweites Gesuch um Aufnahme stellen. Selbst wenn Donald Trump von den massivsten Zöllen abrückt: Die wirtschaftliche Unsicherheit wird bleiben. Sie belastet die Schweizer Exportwirtschaft, die KMU und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Umso wichtiger sind bilaterale Freihandelsabkommen. Die FDP fordert deshalb eine rasche Umsetzung des Abkommens mit Indien, den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten und Vietnam sowie die Aktualisierung der Abkommen mit Japan, China und Mexiko. Auch mit den USA braucht es Sondierungsgespräche. Kein einzelner Wirtschaftszweig darf diese Gespräche blockieren. Sie sind für unsere kleine, offene Volkswirtschaft überlebensnotwendig.



**Didi Demarmels (30),
Transportunternehmer.
Er beginnt um 5.30 Uhr.
Erst wenn alle Fahrten
ausgeführt und die
Lastwagen parkiert
sind, gehen er und sein
Team nach Hause.**

STAAT SANIEREN

4. Generationenvertrag erneuern

Die Schuldenbremse geniesst in der Schweiz Kultstatus. Sie soll künftige Generationen vor dem Leichtsinne der Politiker schützen. Doch an der Schuldenbremse vorbei hat die Politik ein neues Billionenloch geschaufelt. Es besteht nicht aus Staatsschulden, sondern aus ungedeckten Rentenversprechen. Experten sind sich einig: Das System der umlagefinanzierten Rente stösst an seine Grenzen. Als die AHV 1948 gegründet wurde, betrug die Lebenserwartung eines 65-Jährigen 14 Jahre. Heute sind es bereits 24 – Tendenz steigend. Damals gab es für jeden Rentner sechs potenzielle Erwerbstätige. Heute kommen auf einen Menschen über 65 noch drei Menschen im erwerbsfähigen Alter. Bis 2050 werden es nur noch zwei sein.

Was heisst das? Die aktuellen Rentenversprechen der AHV belaufen sich auf sage und schreibe 1200 Milliarden Franken. Die Linke zählt darauf, dass eine Allianz von sozialistischen Umverteilern und egoistischen Nettobezüglern jede echte AHV-Reform verhindert. SVP und Mitte beteiligen sich am traurigen Spiel und verteilen munter weiteres Geld, das der Mittelstand bezahlen muss. Wir Freisinnigen haben ein positiveres Bild von der

pensionierten Generation. Wir wissen, dass sie den Wert von Arbeit, Fürsorge und Verantwortung besser als jede andere kennt. Deshalb wird die FDP zusammen mit bürgerlichen Rentnerinnen und Rentnern weiterkämpfen – für die aktiven, die jüngsten und die ungeborenen Generationen. Klar ist, dass der Maurer, die Gerüstbauerin oder die Pflegefachperson nicht bis 70 arbeiten können. Ebenso klar ist, dass wir die Jungen nicht länger ausbeuten und die Älteren nicht länger aussortieren dürfen. Das Rentenalter 65 ist ungerecht. Es muss fallen. Egal, wie viele Anläufe es dazu braucht. Höchste Zeit für eine Reform der Altersvorsorge, die diesen Namen verdient.

5. Ja zum Entlastungspaket

Jahrzehntlang haben die Politikerinnen und Politiker in Bundesbern sorglos neue Ausgaben und Subventionen beschlossen. Nun rutscht der Bund in die roten Zahlen. Ein erster, wichtiger Schritt ist die Kostendämpfung im Entlastungspaket 27. Diese ist unumgänglich, um die Ausgabenfreude des Parlaments zu zügeln und gleichzeitig die zwin-

gend notwendige Wiederaufrüstung der Armee zu sichern. Nachdem unsere Verteidigungsfähigkeit in den langen, verhältnismässig friedlichen Jahren nach dem Kalten Krieg aufgegeben wurde, müssen jetzt die Prioritäten neu gesetzt werden. Nur so kann die Freiheit und Sicherheit der Schweiz bewahrt werden.

Sparpotenzial gibt es mehr als genug. Mit dem Entlastungspaket 27 kann auf drei bis vier Milliarden Franken verzichtet werden, also auf genau jenes Geld, das im Bundesbudget fehlt. Zum Vergleich: Jährlich gibt der Bund rund 85 Milliarden Franken aus. Mehr als die Hälfte davon sind Subventionen. Wenn die SP bei den vorgeschlagenen Massnahmen von einem Kahlschlag spricht, so führt sie die Bevölkerung schamlos hinter das Licht. Das Entlastungspaket 27 ist nicht einmal ein Sparprogramm: Trotz der Massnahmen steigen die Bundesausgaben munter weiter, bloss etwas weniger rasant. Ebenso unehrlich politisieren jene, die das Paket von Minderausgaben aufschneiden wollen. Wenn im Parlament jede Minderausgabe einzeln verhandelt wird, geht die Leidenssymmetrie verloren – und die Lobbys setzen sich durch.



Susanna Fabro (42) und Maria Marinelli (27) arbeiten in der Elektronikproduktion des Sensorspezialisten Baumer im Schichtbetrieb. In ihrer Arbeit sind Präzision und Teamarbeit in perfekter Abstimmung entscheidend.

6. Personalstopp beim Bund

Die Verwaltung wächst auf allen staatlichen Ebenen, und das insgesamt deutlich schneller als die Bevölkerung. Allein der Bund schafft jedes Jahr rund 450 neue Stellen. Während der Staat kräftig ausgebaut wird, fehlt es in der Privatwirtschaft an Fachkräften. Besonders fatal: Viele der Staatsangestellten sind kompetent, engagiert und kreativ. Bei ihrer Arbeit entdecken sie immer neue Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft, die sie regulieren und kontrollieren können. Durch diesen Schneeballeffekt wächst die Bürokratie selbstständig weiter – mit enormen Folgen für Selbstständige, KMU, Grossbetriebe, inter-

nationale Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat kürzlich die Bürokratiekosten für Schweizer KMU berechnet. Sie belaufen sich mittlerweile auf über sechs Milliarden Franken pro Jahr. Zudem fehlen den privaten Unternehmen wertvolle Arbeitskräfte, die ihnen der Staat mit goldenen Arbeitsverträgen abwirbt. Der Bund lockt mit mehr Ferien, besserer Vorsorge, einem ausgebauten Kündigungsschutz und Lohnprämien von bis zu 14 Prozent.

Die FDP will hier die Reissleine ziehen. Es braucht einen Personalstopp beim Bund und seinen externen Dienstleistern – denn auch der Speckgürtel von Beratungsfirmen im Umfeld des Bundes ist zu gross. Selbst wenn der Bund neue Aufgaben übernimmt, braucht er deswegen seinen Personaletat nicht stetig aufzublähen. Jedes KMU im Land ist es sich gewohnt, für neue Geschäftsfelder das richtige Personal zu rekrutieren – und in anderen Bereichen abzubauen. So müsste auch der Bundesrat aufzeigen, auf welche Staatsaufgaben verzichtet werden und was durch die Digitalisierung effizienter erledigt werden kann.

BESSER LEBEN

7. Ersparnisse schützen

Der grösste finanzielle Schatz, den sich Schweizerinnen und Schweizer in ihrem Leben ersparen, ist ihre Pensionskasse. Hier reifen die Früchte der eigenen Arbeit, verdoppelt von den Arbeitgebern und gemehrt vom «dritten Beitragszahler»: Weil ein PK-Vermögen über Jahrzehnte angelegt wird, wachsen mit dem Erfolg an den Finanzmärkten auch die privaten Ersparnisse. Sind das die «Spekulanten», gegen die die SP so leidenschaftlich hetzt? Ist das der Grund, weshalb sie nach den Vorsorgevermögen greift? Die SP diffamiert das individuelle Sparen als «unsinnige Anhäufung von Kapital». Auf ihren Druck wird eine Vorsorgesteuer geplant, die Kapitalbezüge im Ruhestand bestraft. Die Absicht der SP ist klar. 2024 sprach die JUSO sie erstmals aus: In einer Resolution fordert die SP-Jungpartei unverblümt, die zweite Säule abzuschaffen.

Die FDP wird diese Angriffe aufs Vorsorgevermögen mit allen politischen Mitteln bekämpfen. 6760 Bürgerinnen und Bürger haben mit der FDP eine eigene Vernehmlassungsantwort gegen die neue Steuer eingereicht. Dabei geht es nicht nur darum, dass eine neue Steuer auf bestehende Sparvermögen gegen Treu und Glauben verstösst. Es geht auch um Werte. Zur individuellen Selbstbestimmung jedes Menschen gehört die Freiheit, sich ein finanzielles Polster zu erarbeiten. Es macht glücklich, unabhängig und ohne finanzielle Sorgen in die Zukunft zu schauen. Unabhängig auch vom Staat.

8. Wohneigentum ermöglichen

Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden ist ein Traum, den viele Schweizerinnen und Schweizer

hegen. Die FDP fordert: Wer fleissig arbeitet und spart, soll ihn sich erfüllen können. Wir kämpfen dafür, dass Wohneigentum für junge Familien und den Mittelstand wieder möglich und wirksam gefördert wird. Genau so, wie es eigentlich 144 auch in der Bundesverfassung steht (Art. 108).

Der Schlüssel dazu liegt in der Beschleunigung des Wohnungsbaus. Nirgendwo sonst spürt der Bürger die Bürokratie so direkt. Ein Dickicht an Vorschriften, endlose Verfahren und linke Diktate in den Städten verhindern, dass genügend Wohnraum entsteht. Weil viel zu wenig gebaut wird und gleichzeitig die Nachfrage steigt, explodieren die Preise und Mieten. Potenzial gibt es genug, auch ohne Neubau auf der grünen Wiese. Bestehende Gebäude können aufgestockt, leerstehende Büro- und Gewerbeflächen umgenutzt werden. Lassen wir im Bau wieder den gesunden Menschenverstand walten! Von der Planung bis zum Bagger darf bei Wohnraum nicht mehr als ein Jahr vergehen. Erfolgreiche Einsprachen müssen eine Kostenfolge haben. Und wenn der Denkmalschutz nicht eingegrenzt wird, haben wir bald nur noch wunderschöne Siedlungen, die sich keiner leisten kann.

9. Stark für die Schwachen

Wer jemals ein anderes Land bereist hat, besonders ausserhalb von Westeuropa, der weiss: Elend, Hunger und extreme Armut existieren. Aber nicht in der Schweiz. Unser soziales Auffangnetz ist stark. Das ist ein Grund, um stolz zu sein. Über 23 Milliarden Franken fliessen jedes Jahr in Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und

Invalidentrenten, und die FDP steht zu diesen Sozialwerken.

Aber Solidarität muss man sich leisten können. Und das kann die Schweiz, weil sie international erfolgreichen Unternehmen einen attraktiven Standort bietet. Verhältnismässig tiefe Steuern, vernünftige Regulierung, ein liberaler Arbeitsmarkt, Innovation, Grundlagenforschung und das duale Bildungssystem ziehen Firmen an, die die Staatskassen füllen. Davon profitiert auch, wer keine Hilfe erhält. Weshalb sind die Löhne eines Kinderbetreuers oder einer Bauarbeiterin in der Schweiz viel höher als in den Nachbarländern? Die herausragende Produktivität in Schlüsselbranchen wie Pharma, Medtech, Spezialchemie, Maschinenbau, Uhren oder Finanzdienstleistungen ist der Motor des Schweizer Wohlstands. Damit dies so bleibt, gehören ideologische Hürden und Denkverbote eingerissen (Gentechnik, Kernkraft, 5G). Es braucht Forschungsfreiheit statt Bürokratie, Technologieoffenheit statt Verboten und Unternehmertum statt Industriepolitik.

Was die Rahmenbedingungen für internationale Unternehmen betrifft, hat die Schweiz den Anschluss verloren. Als erster Schritt muss nun die OECD-Mindeststeuer überprüft werden. Die Schweiz hat diese Steuer vor einem Jahr eingeführt in der Erwartung, dass viele andere Länder nachziehen. Das hat sich nicht bestätigt. Wenn sich die OECD-Mindeststeuer oder ein gleichwertiges Modell bis in 5 Jahren nicht bei den wichtigsten Handelspartnern durchgesetzt hat, muss die Schweiz aussteigen. Zum Schutz unserer Unternehmen. Und aller, die von ihnen leben.

Bild: Simone Richner



Die Schweiz wächst – und mit ihr die Ansprüche an den Staat. Ende 2023 lebten fast neun Millionen Menschen in unserem Land, 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Das ist der stärkste Anstieg seit den 1960er-Jahren. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner bedeuten höhere Erwartungen: schnellere Verfahren, digitale Dienstleistungen, verlässliche Abläufe. Natürlich braucht es dafür einen funktionierenden Service Public. Aber die einfache Antwort auf steigende Ansprüche darf nicht lauten: mehr Personal, mehr Kosten, mehr Bürokratie.

Stellenwachstum ohne spürbare Wirkung

Die Bundesverwaltung ist in den letzten anderthalb Jahrzehnten stark gewachsen: von rund 32 100 Vollzeitstellen im Jahr 2007 auf knapp 39 000 im Jahr 2024 – ein Plus von gut 21 Prozent. Die Personalkosten legten im gleichen Zeitraum um über ein Drittel zu. Doch spürbar schneller, effizienter oder bürgernäher ist die Verwaltung nicht geworden. Verfahren ziehen sich hin, Schnittstellen bleiben kompliziert, digitale Angebote sind lückenhaft. Mehr Personal hat sich nicht in mehr Wirkung übersetzt.

Das Problem liegt nicht bei den Mitarbeitenden, sondern in veralteten Strukturen, fehlender Digitalisierung und einer ausufernden Aufgabenpalette. Ein moderner Staat muss lernen, mehr Wirkung mit weniger Ressourcen zu erzielen. Dazu gehört,

Routineaufgaben zu automatisieren, Prozesse konsequent zu digitalisieren und klare Zuständigkeiten zu schaffen. «Digital by default» darf keine Parole bleiben, sondern muss Realität werden. Jeder digitalisierte Ablauf spart Kosten, entlastet das Personal und schafft Raum für Aufgaben, die menschliche Expertise erfordern.

Fokus auf das Wesentliche

Der Staat kann nicht alles leisten. Es braucht eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben. Was private Akteure schneller, günstiger oder effizienter erledigen können, sollte nicht in die Verwaltung verlagert werden. Doppelspurigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden müssen konsequent abgebaut werden. Klare Verantwortlichkeiten reduzieren nicht nur den Personalbedarf, sondern machen die Verwaltung auch transparenter und bürgerfreundlicher.



Mitgestalten statt zuschauen

Eine effiziente Verwaltung entsteht nicht von selbst. Sie braucht Führung, Engagement und liberale Stimmen – innen wie aussen.

Werden Sie Mitglied der FDP Service Public und helfen Sie mit, den Staat von morgen zu gestalten. Gemeinsam schaffen wir einen Service Public, der liefert.

Gleichzeitig muss anerkannt werden: Ein Service Public verändert sich nicht allein durch politische Reformen von aussen. Auch die Menschen, die in der Verwaltung arbeiten, prägen Strukturen und Kultur. Je stärker liberale Köpfe dort Verantwortung übernehmen, desto mehr setzen sich Werte wie Effizienz, Eigenverantwortung und Innovation im Alltag durch. Nur wenn diese Haltung auch von innen gelebt wird, kann sich der Staat nachhaltig erneuern.

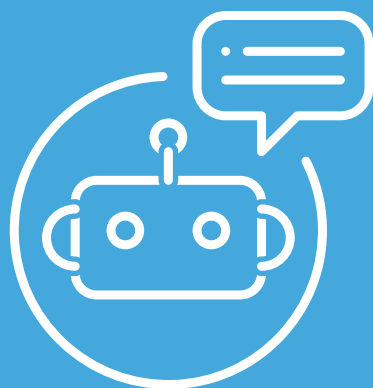
Unsere liberale Vision

Die FDP Service Public steht für einen starken, aber schlanken Staat. Unser Ziel ist Qualität statt Quantität: gezielte Investitionen dort, wo sie unverzichtbar sind, Digitalisierung überall, wo sie möglich ist, und eine klare Fokussierung auf die Kernaufgaben des Staates.

Die Schweiz braucht eine Verwaltung, die Verantwortung übernimmt, Ergebnisse liefert und Ressourcen effizient einsetzt. Ein schlanker Staat ist kein schwacher Staat. Unsere Vision ist ein Service Public, der weniger kostet, weniger Personal bindet und dennoch mehr leistet – digital, bürgernah und zukunftsfähig.



Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public



FAKTEN STATT BEHAUPTUNGEN

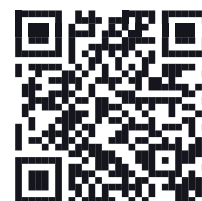
Die Bilateralen III

progresuisse setzt sich für eine offene, erfolgreiche und vernetzte Schweiz ein. Dafür fördern wir eine faktenbasierte, konstruktive Debatte über die Bilateralen III. Damit Substanz statt Schlagworte zählen, haben wir den Bilabot entwickelt – einen KI-Assistenten, der auf offiziellen Dokumenten, Gutachten sowie Studien zu den Bilateralen III basiert.

Bilden Sie sich jetzt Ihre eigene Meinung – mit dem Bilabot.

PROGRESUISSE

Mehr erfahren unter progresuisse.ch



Unsere Parolen

für die nationalen Abstimmungen vom 18. September 2025

Abstimmung vom 18. September 2025

Einführung E-ID



*Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID) (BBI 2025 20)

Abstimmung vom 18. September 2025

**Abschaffung
Eigenmietwert**



*Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften (BBI 2025 17)

Neue bilaterale Verträge Schweiz–EU

Entscheidungsprozess der FDP

Während die FDP sich schon immer für die Bilateralen I und II einsetzte, ist ihre Position zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union (EU), die in den letzten Wochen und Monaten für viel Wirbel sorgten, noch offen. Die FDP prüft derzeit sorgfältig die Vor- und Nachteile für die Schweizer Bevölkerung und die Unternehmen, bevor die Delegierten an der Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 über die Positionierung der Partei entscheiden werden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Umso wichtiger ist es daher, dass wir verlässliche und stabile Beziehungen zum europäischen Wirtschaftsraum haben. Gleichzeitig müssen die Vor- und Nachteile der neuen Verträge sorgfältig geprüft werden. Anders als andere Parteien jubelt die FDP die Verträge weder hoch, noch verdammt sie sie vorzeitig.

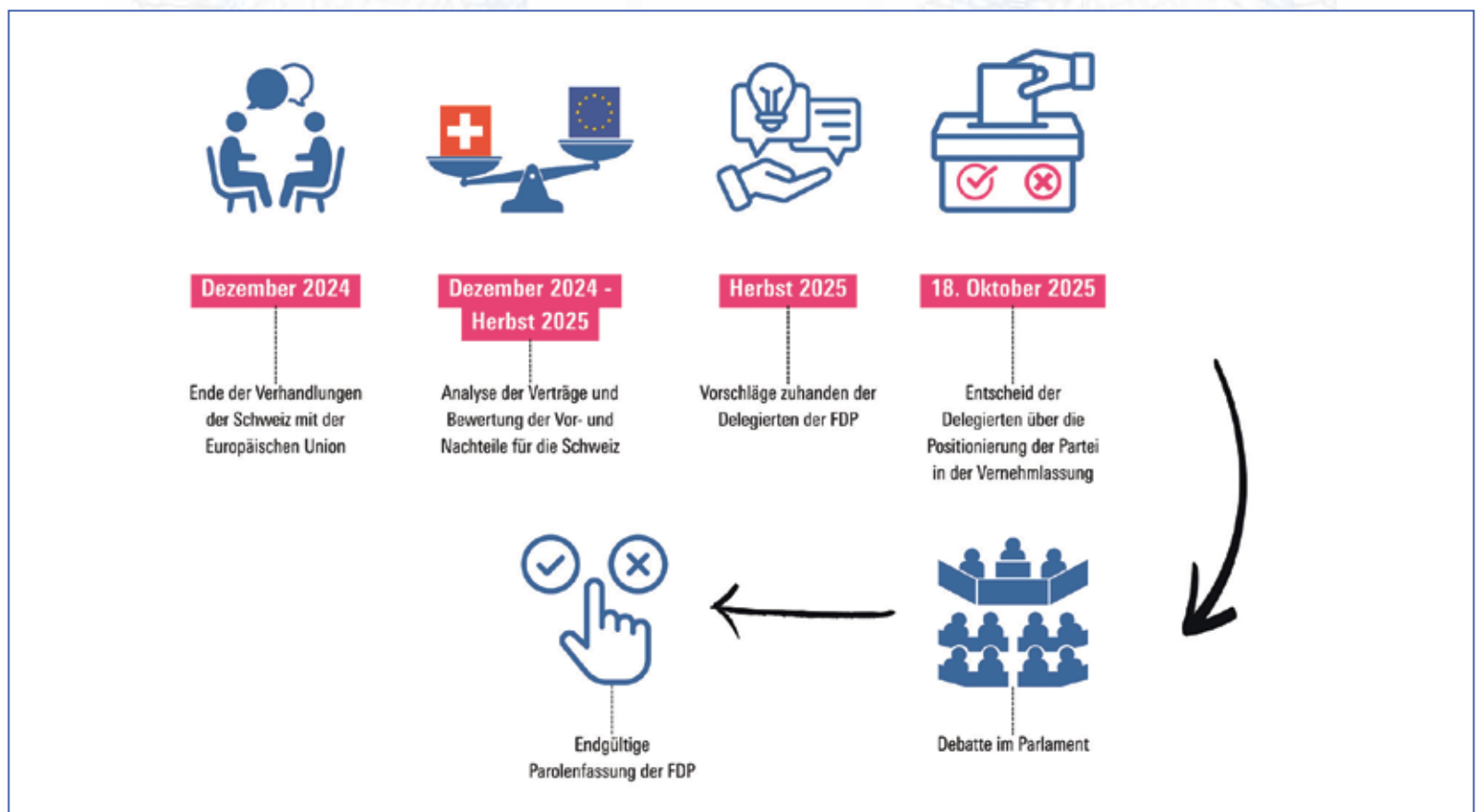
In diesem Sinne hat die FDP eine zwölfköpfige Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Verträge nun genau prüft. Ziel der Gruppe ist es:

- 1** Die Freiheit und Souveränität der Schweiz zu bewahren, damit wir auch in Zukunft über die Geschicke unseres Landes selbst entscheiden können.
- 2** Den Wohlstand zu erhalten, den sich die Schweiz mit Fleiss, Geschick und unter glücklichen Umständen sowie mit enger wirtschaftlicher Vernetzung erarbeitet hat.

Auf Bitte der Parteipräsidentenkonferenz hat die Arbeitsgruppe zwei Aufgaben:

- 1** Die Erarbeitung von Vorschlägen, die den Delegierten der FDP unterbreitet werden, und die Haltung der FDP zu den Verträgen und deren inländischer Umsetzung definieren.
- 2** Die Vernehmlassung dieser Vorschläge in den Parteigremien, in der eidgenössischen Fraktion sowie die Präsentation der Vorschläge gegenüber den Delegierten.

In einem letzten Schritt werden dann sämtliche eidgenössischen Delegierten der FDP anlässlich der kommenden Delegiertenversammlung am 18. Oktober 2025 über die Positionierung der Partei entscheiden.



25 Jahre Bilaterale

Erfolgsmodell mit Zukunft

Die Schweiz ist Weltmeisterin im Globalisieren. Kein Zufall – sondern Strategie. Als kleines Land ohne Rohstoffe in der Mitte Europas haben wir unsere Wirtschaftsbeziehungen breit diversifiziert. Ein Erfolgsrezept.

Doch so global wir auch denken: Geografisch bleiben wir mitten in Europa. Und unser wichtigster Partner ist die EU – historisch kompliziert, aber unverzichtbar.

Der bilaterale Weg ist das beste Beispiel. Ursprünglich als Provisorium gedacht, ist er seit 25 Jahren eine Erfolgsgeschichte. Eine massgeschneiderte, eigenständige, ja, freisinnige Lösung zwischen Alleinangang und Beitritt.

Aber: Für die EU ist Stillstand keine Option. Für die Schweiz auch nicht. Während sich der Binnenmarkt dynamisch weiterentwickelt, bleiben unsere Verträge statisch. Institutionelle Regeln für die Rechtsübernahme (nur dort, wo wir uns am EU-Markt beteiligen wollen) und für die Streitbeilegung sind für Brüssel die Bedingung, damit der bilaterale Weg weitergeht.

Der Bundesrat hat alle Alternativen geprüft. Das Fazit ist klar: Der bilaterale Weg dient den Interessen der Schweiz am besten. Darum wollen wir ihn stabilisieren und weiterentwickeln.

Darum lohnt sich das Paket:

- À la carte gesicherter Zugang zum EU-Binnenmarkt dank den Bilateralen I (Luft- und

Landverkehr, Warenhandel, Landwirtschaftsprodukte, Freizügigkeit der Arbeitnehmenden).

- Ein Stromabkommen für mehr Versorgungssicherheit.
- Ein Gesundheitsabkommen zum Schutz unserer Bevölkerung.
- Ein Lebensmittelsicherheitsabkommen für hochwertige Produkte auf unseren Tellern.
- Teilnahme an Forschungsprogrammen wie Horizon.

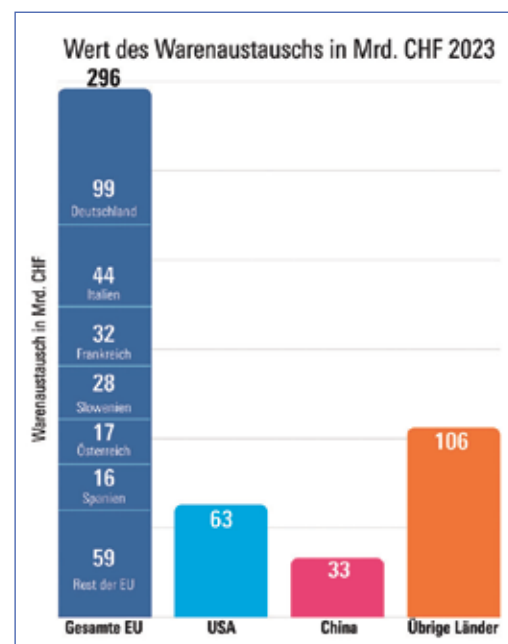
Was für die Schweiz gesichert bleibt:

- Direkte Demokratie: bleibt unangetastet.
- Schiedsgericht: entscheidet im Streitfall, der EuGH erhält keine neuen Kompetenzen.
- Beihilfenregelung: nur in den Abkommen Strom, Land- und Luftverkehr.
- Personenfreizügigkeit: weiterhin nur für Personen mit Arbeitsvertrag. Keine Einwanderung in die Sozialwerke. Neu: eine Schutzklausel bei grossen wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten.
- Lohnschutz: bleibt gewährleistet.

Kurz: Während das institutionelle Rahmenabkommen zu stark die EU-Perspektive widerspiegelt hat, bietet das neue Paket einen fairen Interessenausgleich. Genau das forderte das FDP-Positionspapier von 2022 – und genau das haben wir erreicht.

Warum jetzt?

Weil die Welt sehr unruhig ist: Krieg in und um Europa (Ukraine, Naher Osten, Sudan usw.), neue



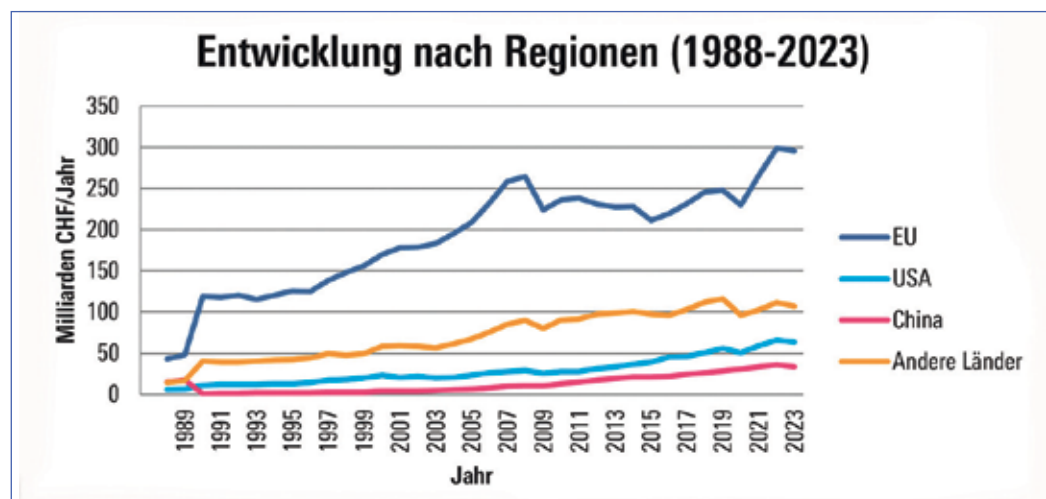
Wichtigste Handelspartner, gemessen an der Summe der Exporte und Importe im Jahr 2023 (gerundete Beträge). Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Blockbildungen, mehr Handelsbarrieren, Rückkehr der Machtpolitik. Die Geografie schafft Fakten.

Deshalb gilt es, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren, mit den USA Lösungen für Handelsbarrieren zu suchen und das Freihandelsabkommen mit China zu modernisieren. Diese drei Partner sind für unseren Wohlstand unverzichtbar: die EU an erster Stelle mit dem weitaus grössten Handelsvolumen, gefolgt von den USA (ein Drittel davon) und China (ein Zehntel). Es geht nicht darum, zwischen ihnen zu wählen, sondern alle drei zu pflegen.

Das neue Paket mit der EU gibt uns Stabilität. In einer unsicheren Welt ist das Gold wert. Der bilaterale Weg ist keine Nostalgie – er ist eine strategische Notwendigkeit.

Oder, um es mit Gottfried Keller zu sagen: «Freiheit muss erkämpft, Wohlstand verdient und Unabhängigkeit immer wieder neu gesichert werden.»



Handelszahlen und Handelsentwicklung der drei wichtigsten Partner EU, USA und China seit 1988.



Ignazio Cassis, Bundesrat, Vorsteher Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Verantwortung für unseren Wohlstand

Argumente für die neuen Verträge mit der EU

1999 war es unser FDP-Bundesrat Pascal Couchepin, der die ersten bilateralen Verträge unterzeichnete, die der Schweizer Wirtschaft einen massgeschneiderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglichten. Die Bilateralen haben uns seither **Wohlstand, Sicherheit und Stabilität** gebracht. Vor über zehn Jahren waren es unsere freisinnigen Bundesräte Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann, die als Aussen- und Wirtschaftsminister die Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges angestossen haben. **Der Schweizer Mittelstand ist dank der wirtschaftlichen Offenheit vermögend geworden.** Als Exportnation verdienen wir zwei von fünf Franken im Handel mit dem Ausland. **Die Hälfte der Schweizer Warenexporte geht in die EU, unsere wichtigste Handelspartnerin.** Vor allem für Schweizer KMU, die über keine eigenen Standbeine in der EU verfügen, ist der hindernisfreie Marktzugang absolut essenziell.

Im europäischen Vergleich beschreitet die Schweiz mit den Bilateralen einen **einzigartigen Sonderweg**. Wo es in unserem Interesse liegt, haben wir **massgeschneiderte Abkommen** abgeschlossen, in den allermeisten Bereichen bleiben wir Drittstaat und regeln autonom. Die bilateralen Abkommen haben nicht nur den Handel zwischen der Schweiz und der EU vereinfacht, sondern auch die Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen gestärkt, etwa beim Luft- und Landverkehr, bei der Landwirtschaft, der Strafverfolgung und beim Asylwesen. Zudem ermöglichen sie uns die Zusammen-

arbeit in EU-Programmen wie beispielsweise in der Forschung, beim Zugang zu Satelliten oder in Polizei- und Sicherheitsaufgaben.

Heute tragen wir die Verantwortung, diesen erfolgreichen Weg in die Zukunft zu führen. Die geopolitische Lage ist so unsicher wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, die USA sind kein verlässlicher Handelspartner mehr, und der internationale Wettbewerb verschärft sich. In dieser Situation braucht unser Land **Stabilität** – und dafür braucht es verlässliche Beziehungen zu unseren wichtigsten Partnern. **Die Bilateralen III sichern die heutigen Abkommen ab und schaffen Rechtssicherheit für unsere Wirtschaft.**

Grundsatzentscheid: bilateraler Weg – ja oder nein?

Der bilaterale Weg hat sich für die Schweiz als Erfolgsmodell erwiesen. Der Status quo erodiert und ist somit keine langfristige Option. So stehen wir vor einem Grundsatzentscheid: Wenn wir weiterhin den bilateralen Weg gehen wollen, müssen wir die bestehenden Abkommen modernisieren. Ohne eine Modernisierung erodieren die bilateralen Abkommen weiter, und die Schweiz verliert den präferierten Zugang zum EU-Markt, welcher durch die Bilateralen garantiert ist. Die Schweiz würde in für uns zentralen Bereichen wie Handel oder Verkehr schrittweise zum Drittstaat.

Liebe Freisinnige – heute müssen wir uns die Frage stellen: Was für eine Schweiz wollen wir? Stehen

wir zu unseren Wurzeln, indem wir im Interesse des Mittelstandes und der KMU gute Rahmenbedingungen schaffen und damit die Basis für eine prosperierende Zukunft der Schweiz legen? Nehmen wir als FDP die neue geopolitische Realität ernst und sichern uns gute Beziehungen mit unseren Nachbarn? Oder beenden wir die Errungenschaften aus 25 Jahren gemeinsamen Weges?

Die Verträge sind nicht perfekt. Aber es gibt keine perfekten Verträge. Es ist immer ein Geben und ein Nehmen. Wir behalten den vollen Zugang zum Binnenmarkt, ohne EU-Mitglied sein zu müssen. Wir regeln dort, wo wir regeln wollen, überall sonst nicht. Wir übernehmen mit den Bilateralen III gerade einmal 95 von rund 14000 EU-Rechtsakten, abschliessend. Der Streit-schlichtungsmechanismus bedeutet nichts anderes als Fairness. Er sorgt dafür, dass die Schweiz ihre Rechte einfordern kann, wenn sie im Binnenmarkt benachteiligt wird, und umgekehrt. Das ist ein Schutzschild – kein Souveränitätsverlust – und ein echter Vorteil gegenüber heute.

Auf der anderen Seite generieren wir potenzielle Mehrkosten im Familiennachzug von gut 50 Millionen Franken und erhalten einen Automatismus in der Übernahme von Bestimmungen – aber natürlich nur in den Bereichen, in denen wir das wollen, nirgends sonst. Und falls wir trotzdem irgendeinmal etwas wirklich nicht mehr möchten, dann können wir den Vertrag kündigen. Es sind Verträge. **Wir werden im politischen Prozess einige der vorgelegten Gesetze verbessern müssen.** Die vom Bundesrat vorgeschlagene Massnahme im Bereich des erweiterten Kündigungsschutzes lehnen wir zum Beispiel ab. Sie ist sachfremd und wurde von den Gewerkschaften eingebracht.

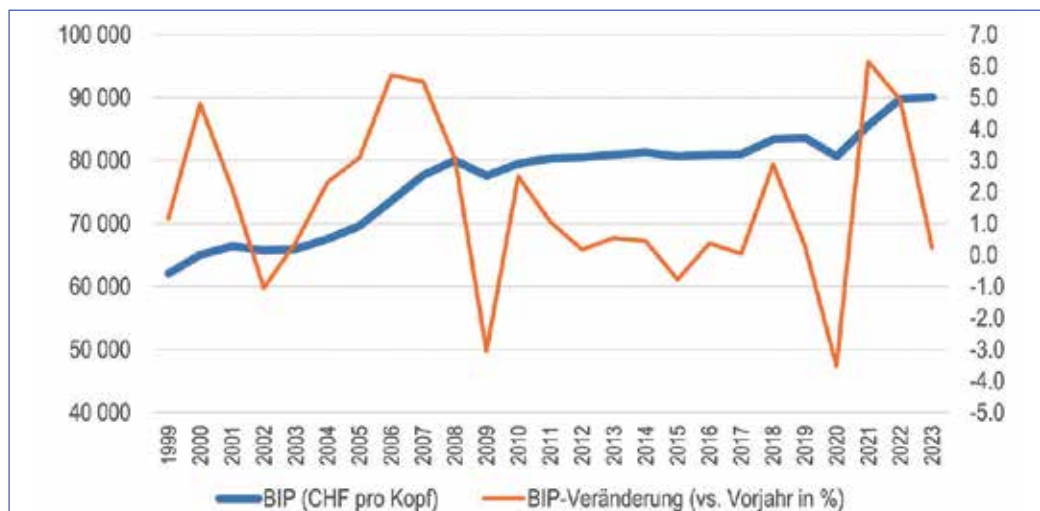
Wie sagen JA, weil:

- wir den Schweizer Wohlstand sichern möchten;
- wir stabile Beziehungen mit unseren wichtigsten Partnern brauchen;
- wir an eine zukunftsfähige Schweiz glauben.

Die Bilateralen III sind kein Risiko – sie sind eine Chance und Investition in unsere Zukunft. Eine Zukunft, die wir als FDP mitgestalten wollen.



Simon Michel,
Nationalrat Solothurn



Entwicklung BIP in der Schweiz: Während wir Schwankungen im BIP-Wachstum zu den Vorjahren erlebt haben, hat das BIP pro Kopf seit der Unterzeichnung der Bilateralen I 1999 um über 50 Prozent zugenommen (links, blau: CHF; rechts, orange: %).



Die Schweiz braucht verlässliche Beziehungen zur EU. Doch die vorliegenden Verträge bedeuten eine unumkehrbare Passivmitgliedschaft und setzen unsere demokratische Ordnung ohne substanziellen Nutzen unter Druck.

Die Schweiz ist wirtschaftlich eng mit der EU verbunden. Die Unternehmen, Hochschulen beider Seiten und letztlich wir alle profitieren vom Zugang zum Markt, von der Forschungszusammenarbeit oder von vereinfachten Reisen. Stabile vertragliche Beziehungen sind deshalb im gegenseitigen Interesse.

Die neuen EU-Verträge sind jedoch mit zentralen Prinzipien unseres Staatsverständnisses nicht vereinbar. Es geht um Grundsätzliches: das Primat des Volksentscheids und eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung.

1 Dynamische Rechtsübernahme: Sanktionen bei Volksentscheid

Kern des neuen Vertragswerks ist die «dynamische Rechtsübernahme». Künftig würde Brüssel entscheiden, was in den sektoriellen Abkommen gilt. Neue Regeln der EU würden quasi automatisch übernommen, sofern sie einen Zusammenhang mit einem Vertragsgebiet aufweisen. Das Schweizer Parlament müsste sie unter Zeitdruck durchwinken – bei Ablehnung drohen Sanktionen.

Auch ein demokratischer Volksentscheid gegen eine neue Regel würde mit Sanktionen belegt wer-

den. Denn im Vertrag ist vorgesehen, dass jegliche Abweichungen zu einseitigen Sanktionen der EU führen. Das Schweizer Stimmvolk dürfte also noch abstimmen, aber nur unter der Drohung von Sanktionen. Das entwertet unsere direkte Demokratie nachhaltig.

2 Geringer wirtschaftlicher Nutzen

Der Bundesrat begründet das Vertragswerk mit wirtschaftlichen Argumenten. Doch selbst wenn – was kaum realistisch ist – alle bisherigen bilateralen Verträge aufgehoben würden, zeigen die Zahlen ein anderes Bild: Eine vom Bund in Auftrag gegebene Studie kommt zum Schluss, dass das Bruttoinlandprodukt pro Kopf über 20 Jahre kumuliert um nur 1,65 Prozent weniger wachsen würde. Das entspricht etwa 0,08 Prozent pro Jahr – weniger als einem Promille. Für diesen minimalen Effekt sollten wir unsere politische Eigenständigkeit nicht so stark einschränken.

3 Migration: Die Realität übertrifft alle Prognosen

Ein besonders sensibler Punkt ist die Zuwanderung – u.a. mit negativen Folgen für den Wohnungsmarkt. Die Erfahrung mit der Personen-

freizügigkeit zeigt: Die Prognosen lagen massiv daneben. Im Abstimmungskampf zur Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 prognostizierte der Bundesrat netto maximal 10000 Zuwanderer pro Jahr aus der EU. Tatsächlich kamen in den folgenden rund 20 Jahren im Schnitt über 40000 Personen pro Jahr – 2024 sogar über 50000. Statt der prognostizierten 200000 Personen wanderten nahezu ein Million Personen ein.

Die neue Unionsbürgerrichtlinie, die im Rahmen der Verträge übernommen werden soll, würde diesen Trend verstärken: Mit dem erleichterten Familiennachzug könnten Nichterwerbstätige sogar aus Drittstaaten einfach in die Schweiz einreisen, Daueraufenthalt erhalten und eine Ausweisung wäre kaum mehr möglich. Die ausgehandelte Schutzklausel ist eine Fehlkonstruktion und wird kaum je Anwendung finden – ein Papiertiger.

4 Kohäsionsbeitrag ohne eigenständig bestimmbare Zweckbindung

Die Schweiz soll jährlich 350 Millionen Franken Kohäsionsbeitrag leisten – ohne eigenständig bestimmen zu können, wohin das Geld geht. Mit einem Bruchteil dieser gewaltigen Summe von 3,5 Milliarden über zehn Jahre könnte man inländische KMU gezielt unterstützen, um den administrativen Aufwand im EU-Handel zu bewältigen.

Nein nach sorgfältiger Güterabwägung

Ja, die Schweiz will stabile Beziehungen zur EU – aber nicht um jeden Preis. Die neuen Verträge schränken unsere Souveränität zu stark ein. Sie schaffen unumkehrbar eine passive EU-Teilmitgliedschaft und bringen keine substanziellen wirtschaftlichen Vorteile. Statt dynamischer Rechtsübernahme braucht es Verhandlungen auf Augenhöhe. Statt institutioneller Anbindung brauchen wir funktionierende sektorielle Abkommen, wie sie heute bestehen. Das ist kein Nein zur EU, sondern ein JA zur direktdemokratischen Schweiz.



Filippo Leutenegger,
Co-Präsident Arbeitsgruppe EU-Verträge

Abstimmungen

Bild: Ständerat Hans Wicki (NW) vertrat die Ja-Parole zur Abschaffung des Eigenmietwerts. Foto: Jannik Kaiser



Beim Eigenmietwert handelt es sich um ein Überbleibsel der im Ersten Weltkrieg eingeführten Kriegssteuer. Im Bild: Infanterie Rekrutenschule vor der Kaserne Zürich während des Ersten Weltkrieges, Schweizerisches Bundesarchiv (CH-BAR#E27#1000/721#14096#333*).



Amerikanische Briefmarke von 1998, welche an den Börsencrash von 1929 und die damit verbundene Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre erinnert. Foto, Valérie Loiseleux

Das Volk entscheidet am 28. September über zwei verknüpfte Vorlagen. Zum einen soll der Eigenmietwert per Bundesgesetz abgeschafft werden. Zum anderen wurde eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Kantone neu die Möglichkeit erhalten, eine Immobiliensteuer auf Zweitwohnungen einzuführen.

Woher kommen der Eigenmietwert und die Besteuerung eines fiktiven Einkommens?

Zu Beginn gab es in der Schweiz keine direkten Steuern auf Bundesebene und die Einnahmen des Bundes bestanden bis zum Ersten Weltkrieg fast ausschliesslich aus Zolleinnahmen. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914, dem damit verbundenen Einbruch der Zolleinnahmen und den Kosten der Mobilmachung sah sich der Bund jedoch gezwungen, 1915 erstmals eine direkte Steuer zu erheben.

Nachdem 1929 der Börsencrash in New York zu einer weltweiten Wirtschaftskrise geführt hatte, beschloss der Bundesrat 1934 die Einführung des Eigenmietwerts. Die Idee dahinter war einfach: Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund des Fehlens von Wohneigentum Miete zahlen mussten, waren finanziell schlechter gestellt als jene mit Eigenheim. Diese Ungleichheit sollte durch die Erhebung einer Steuer auf den Eigenmietwert ausgeglichen werden.

Warum soll der Eigenmietwert abgeschafft werden?

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre haben sich die Schweiz und unsere Gesellschaft gewandelt.

Das heutige System führt nicht zu einer finanziellen Entlastung der Mieterinnen und Mieter, sondern viel mehr zu einer Belohnung der Verschuldung: Wer seine Hypothek nicht abbezahlt, profitiert steuerlich. Mit der Abschaffung des Eigenmietwertes wird dieser Fehlreiz korrigiert und die Eigenverantwortung von Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern gestärkt.

Hinzu kommt, dass der Eigenmietwert Familien und ältere Menschen, die ihr Eigentum bereits abbezahlt haben, steuerlich gegenüber Personen mit hohen Hypothekarschulden benachteiligt.

Zuletzt liegt die Einführung einer kantonalen Objektsteuer in der Kompetenz der Kantone. Diese ist kein Zwang, sondern ein freiwilliges Instrument zur Abfederung allfälliger Steuerausfälle.

Was ändert sich mit der Abschaffung des Eigenmietwerts?

1. Die Besteuerung des Eigenmietwerts wird abgeschafft – und zwar sowohl für selbst genutzte Haupt- als auch für Zweitwohnungen. Im Gegenzug entfallen die bisherigen Abzüge für Unterhaltskosten.

2. Während einer Übergangsphase können beim Kauf einer Erstwohnung Schuldzinsen für eine gewisse Zeit abgezogen werden.
3. Der Schuldzinsenabzug für vermietete Immobilien bleibt wie bisher bestehen.
4. Die Kantone können weiterhin Abzüge zulassen, beispielsweise für Energiesparmassnahmen, Umweltschutz oder Abbruchkosten.
5. Unterhaltskosten an schützenswerten, historischen Gebäuden bleiben abzugsfähig – sofern sie notwendig sind und nicht bereits durch Subventionen gedeckt werden.
6. Der Abzug von privaten Schuldzinsen wird eingeschränkt und ist nur noch anteilig möglich.



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»

faire-steuern.ch



Ungerechte Geistersteuer endlich abschaffen!

Wohneigentümer zahlen mit dem Eigenmietwert Steuern auf ein fiktives Einkommen. **Dieses Einkommen gibt es gar nicht. Der Staat hat es frei erfunden.**

Die Geistersteuer Eigenmietwert ist ungerecht. Sie belastet insbesondere ältere Menschen, aber auch junge Familien. Gemäss Bund leiden vor allem Wohneigentümer mit tiefem Einkommen unter der Steuer.

Der Eigenmietwert bestraft alle, die Wohneigentum haben oder erwerben wollen. Auch Wohnräume von Mieterinnen und Mietern sind betroffen.

Besonders störend: Schulden machen wird belohnt. Die Reform der Wohneigentumsbesteuerung macht damit Schluss. Sie ist ausgewogen und fair.

FDP
Die Liberalen

Eigen-
mietwert
streichen

Am 28. Sept.

JA
zu fairen
Steuern

Bild: Matrix, Egor Suvorov (Symbolbild)



Chaosinitiative der SVP – eine Gefahr für die Schweiz

Weshalb ein Polizist die Initiative entschieden ablehnt

Mit der «Grenzschutz-Initiative» der SVP nimmt die wählerstärkste Partei erneut die Personenfreizügigkeit und die damit verbundenen Schengener Vertragswerke ins Visier. Die Annahme dieser Initiative hätte für die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land verheerende Folgen, da sie dadurch auf mindestens einem Auge blind wären.

Was ist das Schengener Informationssystem?

Mit dem Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin erhielten die Schweizer Polizistinnen und Polizisten Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS).

Im SIS werden Gegenstände wie gestohlene oder verlorene Ausweisdokumente, Fahrzeuge oder Waffen veröffentlicht. Was aber noch viel wichtiger ist: Auch Personen werden ausgeschrieben. Dabei handelt es sich nicht nur um Personen, die verhaftet werden müssen, sondern auch um solche, die direkt oder indirekt mit organisierter Kriminalität (beispielsweise Menschen- oder Drogenhandel) oder mit Terrororganisationen in Verbindung stehen, terroristisches Gedankengut vertreten oder nicht in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Davon betroffen sind auch in der Schweiz verurteilte Straftäter wie beispielsweise Einbrecher.

Welche Auswirkungen hat der Wegfall des SIS?

Heute stehen der Polizei bei Verkehrs- oder Personenkontrollen die Informationen des SIS zur Verfügung, woraus Festnahmen von gesuchten Personen erfolgen können. Ebenso können durch gezielte

Fragen Informationen zu den (Reise-)Absichten einer Person gewonnen und an die entsprechenden Polizeikörper weitergeleitet werden.

Sollte die Grenzschutz-Initiative angenommen werden, würden diese Informationen wegfallen und unsere Polizistinnen und Polizisten auf der Strasse wüssten nicht mehr, wen sie vor sich haben. Sie wären also mindestens auf einem Auge «blind».

Aber auch für die Schweizer Polizeikörper hätte der Wegfall des SIS unschöne Nebenwirkungen. Der internationale Datenaustausch mit anderen Polizei- und Grenzschutzorganisationen müsste neu verhandelt werden. Bis dahin wären die schweizerischen Sicherheitsorgane im Ungewissen darüber, wie und wann sich Gruppierungen, sei es der organisierten Kriminalität oder Terroristen, organisieren oder was sie planen.

Zusammenfassend ist klar, dass durch den Wegfall des SIS ein wichtiges Instrument zur Wahrung der inneren Sicherheit verloren ginge.



Flurin Schmid, Polizist,
Vizepräsident des Verbandes der Kantons-
polizei St. Gallen, Präsident FDP Toggenburg

Herzlichen Dank! Die neue FDP-Datenbank Tocco startet durch

Ihre Spenden haben dieses Projekt ermöglicht



Die Einführung der neuen FDP-Mitgliederdatenbank Tocco steht unmittelbar bevor. Das Tocco-Projektteam biegt somit in die Zielgerade ein, es ist bestens auf den Go live vorbereitet. Dabei geht es um viel: Mit Tocco startet eine entscheidende Grundlage für die Wahlen 2027. Unser grosser Dank gilt all denjenigen, die an Tocco geglaubt und die neue Datenbank mit ihrer Unterstützung möglich gemacht haben.

«Für alle, die den Wecker stellen» gilt auch für das Tocco-Projektteam. Nach etlichen Projekt-Calls, einer viertägigen Poweruserschulung, unzähligen Testszenarien, online durchgeführten Kursen für die Kantone und einer aufwendigen Datenmigration ist es nun so weit: Am 12. September um 12 Uhr wird Tocco für die FDP live geschaltet. Ab dann finden alle Mutationen in unserer neuen Datenbank statt. Damit wird – nach sage und schreibe 17 Jahren – die bisherige Datenbank Adressix abgelöst. Wobei uns das alte Werkzeug noch bis Ende 2025 als Informationstool zur Verfügung stehen wird.

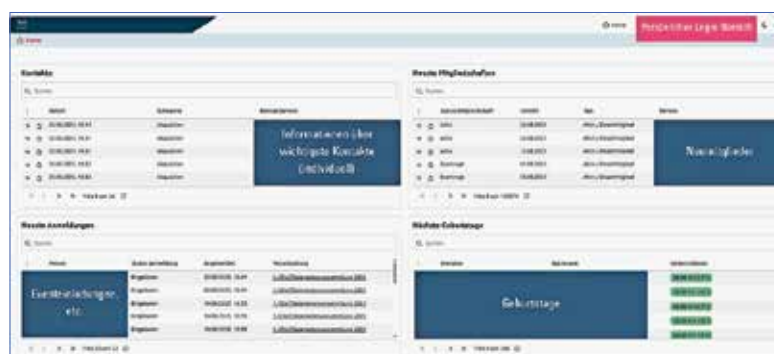
Was für viele Software-Einführungen gilt, gilt auch hier: Einführungen laufen nie ohne Nebengeräusche ab. Das Projektteam ist dafür gewappnet. Im Generalsekretariat der FDP Schweiz steht ein Team von Powerusern bereit, um die Supportanfragen zu beantworten und Hilfestellung zu leisten. Dafür haben wir uns in der Sommerpause vorbereitet, unter anderem mit einer sorgfältigen Dokumentation zur Tocco-Benutzung im Alltag. Im Hintergrund steht auch die verantwortliche Softwarefirma zur Verfügung, um die Kantone und Gemeinden nach Kräften bei der Einführung zu unterstützen. Ziel ist, dass all unsere Geschäftsstellen und Verantwortlichen der FDP die nötige Sicherheit in der Bedienung von Tocco erhalten und

ihre Daten wie gewohnt bewirtschaften können.

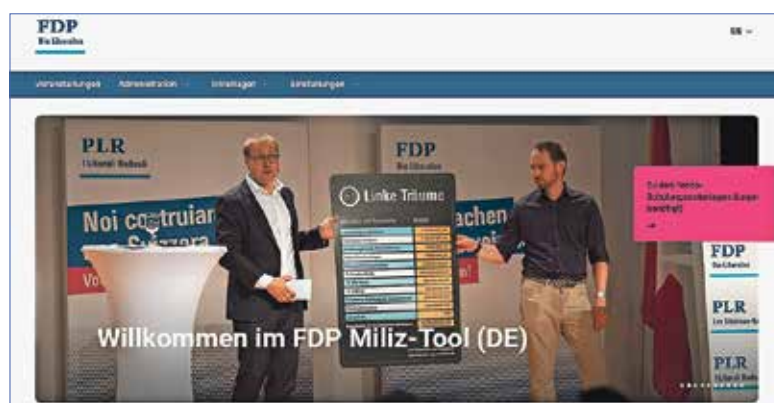
Zu diesem Ziel haben wir intensiv an der Migration der Daten gearbeitet, dem sog. Data-Mapping, um alle Mitgliederdaten in Tocco «greifbar» zu machen. Tocco verfügt über zwei unterschiedliche «Gesichter», also über zwei Bedienungsoberflächen: Die kantonalen Geschäftsstellen werden mit dem Tocco-Spezialisten-Tool arbeiten. Die im Miliz-System organisierten Orts- und Bezirksparteien hingegen werden auf das Tocco-Miliz-Tool zugreifen können. Dieses bietet über ein Intranet künftig auch gleich Zugriff auf die wichtigsten Schulungsunterlagen, Medienmitteilungen und Positionspapiere der FDP Schweiz.

Tocco bildet die Grundlage für die nationalen Wahlen. Die FDP macht vorwärts: Mit der Digitalisierung, der Kampagnenfähigkeit und der intensiven Einbindung der Kantone.

In diesem Sinne wollen wir uns an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken, die Tocco möglich gemacht haben. Unser Dank gilt ebenso dem Vorstand der FDP Schweiz, den Verantwortlichen in den Kantonen, den Mitarbeitenden im Generalsekretariat und besonders unserem Projektleiter Lukas Aecherli, der das Projekt mit beeindruckender Hartnäckigkeit vorangetrieben hat.



Screenshot des Tocco-Spezialisten-Tools.



Screenshot des vereinfachten Miliz-Systems.



Kathrin Puhan, Generalsekretariat FDP Schweiz



Dieses Bild wurde mithilfe von künstlicher Intelligenz erstellt.

NEIN zum Asylchaos und zur blinden Polizei

NEIN zur Chaosinitiative!

Mit der SVP-Kündigungsinitiative fallen die Bilateralen Verträge mitsamt der Abkommen Schengen/Dublin weg. Diese sind für unsere Sicherheit fundamental. Die Verträge verhindern, dass 600'000 illegale Migranten in der Schweiz einen zweiten Asylantrag stellen können. **Ohne die Sicherheitsabkommen Schengen/Dublin ist unsere Polizei blind und unsere Grenzwachter dürfen illegale Migranten nicht mehr in ihre Erstaufnahmeländer zurückschicken.** Die Schweiz würde zum Mekka der illegalen Migration. Nicht mit uns!

www.kuendigungsinitiative-nein.ch

FDP
Die Liberalen



**Asylchaos
verhindern!**